



Die Forderungen der Landwirthschaft.

Rede des Ehrbaren John Carey, von Ohio.

Gehalten im Repräsentanten-Hause am 27. April 1860.

Ich will einige Bemerkungen über einen Gegenstand machen, den ich von großer Bedeutung für die landwirthschaftlichen Interessen dieses Landes halte, und als Grundlage für meine Bemerkungen soll mir der folgende Beschluß dienen:

„Beschlossen, daß das Landwirthschafts-Committee die Weisung erhalte, zur Förderung der landwirthschaftlichen Interessen an das Haus eine Bill zu berichten, hinsichtlich der Organisation der landwirthschaftlichen Abtheilung des Departements des Innern, die gegenwärtig in einem sehr mangelhaften Zustand sich befindet und unmittelbare Nachhülfe erheischt."

Wie ein jeder denkende Mensch weiß, so bildet die Landwirthschaft die Grundlage der Civilisation und aller sonstigen Interessen eines Landes. Sie ist die einzige Institution, der die Regierung der Ver. Staaten auch noch gar keine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Ich finde den Charakter der Landwirthschaft in weit besserer Sprache geschildert als ich es zu thun fähig bin, und so will ich dieselbe als meine eigene annehmen.

„Erziehung des Landwirthes. Kein Mann steht so hoch, daß er unabhängig von dem Erfolge dieses großen Interesses wäre; kein Mann so tief, daß das Gedeihen oder der Verfall desselben ihn nicht irgendwie berühre. Landwirthschaft gibt uns unsere Nahrungsmittel und liefert uns bis zu einem hohen Grade unsere Kleidung; ohne sie hätten wir weder Handel noch Gewerbe. Diese drei stehen wie Säulen in einer Reihe beisammen; die stärkste in der Mitte und diese ist die Landwirthschaft.

„Der Anbau des Bodens ist die wichtigste Arbeit für den Menschen. Der Mensch kann bis zu einem gewissen Grade ohne großen Fortschritt in Gewerben und ohne großen Verkehr mit seinen entfernten Nachbarn civilisirt werden; aber ohne den Anbau des Bodens bleibt er ein herumziehender Barbar. Wenn der Ackerbau beginnt, folgen andere Künste nach. Die Farmer sind daher die Gründer der menschlichen Civilisation."

So spricht sich Daniel Webster aus und Jeder denke ich wird der Wahrheit seiner Aeußerung beipflichten. Welche Stellung nimmt denn nun die Landwirthschaft in den Departments unserer Regierung ein? Sie gehört zu dem Department des Innern.

Man erwähnt ihrer zufällig einmal, wenn man die verschiedenen Amtsbefugnisse des Sekretärs des Innern aufzählt. Der Vorstand der Patent-Office ist mit der Sammlung statistischer Notizen, sowie mit der von Samen Pflanzen und Ablegern beauftragt. Da der Chef des Departments soviel Zeit seinen übrigen Geschäftszweigen widmen muß, so findet die Landwirthschaft wenig oder gar keine Beachtung. Es kann überhaupt Nichts von Bedeutung für sie geschehen, so lange man sie nicht unter die direkte Control eines Departments stellt, das dem Lande für die richtige Vollziehung der ersteren verantwortlich ist.

Wo sich die Arbeit unter so viele vertheilt, zersplittert sich die Verantwortlichkeit und nur sehr wenig geschieht. Wenn daher der angeführte Beschluß zur Abstimmung kommt, so wird wohl jeder, dem das Interesse der Landwirthschaft am Herzen liegt, für denselben stimmen. Als unsere Regierung organisirt wurde, so wurde bei der Berathung über diesen Gegenstand besonders von Madison die Klasse der Landbebauer als die große Klasse derer bezeichnet, woraus die Mitglieder des Congresses gewählt werden würden, und daß darum ihr Interesse, wie jedes andere, vertreten würde. Aber gegenwärtig haben wir in dieser Versammlung ungefähr bloß ein Dutzend Farmer. Die Interessen keines Vereins erhalten eine pünktliche und eifrige Berücksichtigung, wenn nicht die Leiter desselben direkt in der Sache betheiligt

sind. Der Anwalt hat sein eigenes Interesse zu fördern; der Gewerbsmann seines, der Arzt seines, und soll denn das Interesse des Farmers gefördert werden, so muß diese Klasse von solchen Männern vertreten werden, welche die Bedürfnisse und Verhältnisse derselben kennen. Wir haben gegenwärtig im Congreß nur sehr wenige Farmer, und unsere landwirthschaftlichen Interessen sind einem Clerk in einem Winkel der Patent-Office anvertraut, der mit Samen Handel treibt. Wenn wir nicht besser für die großen landwirthschaftlichen Interessen des Landes sorgen können als so, so wäre es gerathener, die Office ganz und gar eingehen und den Landwirth für sich selbst sorgen zu lassen.

Ein großes Uebel in unserem Lande ist dieß, daß Männern politische Aemter offen stehen, wo sie weit besser bezahlt werden, als auf einer Farm; und es ist eine beklagenswerthe Thatsache, daß Landwirthe gegenwärtig fast allenthalben ihre Kinder nicht für den Anbau des Bodens erziehen, sondern für etwas, das in ihren Augen als höher stehend erscheint. Man findet sie unter den studierten Klassen Stellen suchen oder sie gehen darauf aus, in den Hauptstädten der einzelnen Staaten Beschäftigung zu erhalten, oder hier, wo sie die guten Bissen wegzufischen trachten, die die Regierung austheilt. Das ist eine Sache von hoher Bedeutung für unser Land.

Wenn ein Mann zwischen drei und fünf Dollars des Tages dafür bekommt, daß er wenig oder nichts thut, und er kann bloß einen Dollar des Tages bekommen, wenn er auf einer Farm arbeitet, so muß ein solches Verhältniß für die landwirthschaftlichen Interessen sehr nachtheilig sein. Will man die Interessen der Landwirthschaft wirklich fördern, so muß man der politischen Aufregung in diesem Hause und im ganzen Lande los zu werden suchen; denn von dem Augenblicke an, wo die Leute ausfinden, daß man seinen Lebensunterhalt mit geringerer Anstrengung in der einen Richtung als in der anderen verdienen kann, gehen ihre Bestrebungen nach eben dieser Richtung hin.

Das war der Fall mit dem Studium der Rechtswissenschaft. Wir haben gegenwärtig junge Männer in Ohio — und es ist wohl fast überall dasselbe — die, indem sie das Studium des Rechtes bloß als den ersten Schritt zur Beförderung betrachteten, gerade so viel von dieser Wissenschaft studiert haben, daß sie sich Rechtsanwalte nennen können. Dann werden sie Politiker, ziehen im Lande herum und halten Reden, womit sie die Leute in einen fieberhaften Zustand der Aufregung versetzen. Der nächste Schritt ist der, daß sie in's Repräsentantenhaus kommen. Hier setzen sie denselben Gang fort; sie halten beständig Reden und erzeugen Aufregung über politische Tagesfragen, so daß wir, die wir außer Politik noch über andere Gegenstände von großem öffentlichen Interesse zu sprechen wünschen, es kaum thun können, ohne einen Kampf zu bestehen, der so groß ist, als man im gewöhnlichen Leben nöthig hat, um ein ganz besonderes Glück zu machen. Ich beabsichtige nicht, irgendwie ungeziemende Bemerkungen hinsichtlich dieser verehrten Versammlung hier zu machen; jedoch ich habe bei verschiedenen Gelegenheiten gesehen, wie man sich in diesem Saale herumkämpfte, um das Wort zu bekommen, und wie man sich bemühte zu zeigen, wer am lautesten und längsten sprechen könnte, so daß ein solches Betragen — wenn es unter Farmern vorkäme — als nicht sehr ehrenhaft gelten würde.

Hr. Vorsitzer! Die Interessen des Landes verlangen von den Händen eines Jeden, der es mit dem letzteren wohlmeint, daß diese außerordentliche Aufregung über Fragen der Politik aufhöre. Wenn man Repräsentanten hier ernstlich von einer Auflösung der Union sprechen hört, dann denke ich, es wäre an der Zeit, Stille zu halten und über die Folgen nachzudenken. Es ist dies nicht außerordentlicher Patriotismus, der die Veranlassung zu aller dieser Unruhe und Störung gibt; und ist er es wirklich, so will ich einen Plan angeben, um mehr als die Hälfte dieses Ueberschusses von Patriotismus los zu bekommen und die andere Hälfte viermal so viel werth zu machen, als sie es gegenwärtig ist. Man kann viel zu diesem Zwecke beitragen, wenn man die Einkünfte derer, welche im und um das Capitol herum, sowie in den verschiedenen Departments der Regierung angestellt sind, auf eine mehr gleiche Stufe mit den von Männern stellt, welche anderen Berufsarten nachgehen. Gebt keinem Mann, der die Thüren schließt und öffnet, drei Dollars des Tages, während ein harter Arbeiter blos 50 Cents oder einen Dollar bekommt. Wenn man hier 10 Mann verwendet, um die Arbeit eines Einzigen zu Hause zu thun und es im Lande bekannt wird, daß man mehr Geld hier als zu Hause machen könne, so werden Leute von allen Theilen der Union herbeigelaufen kommen und eine Anstellung haben wollen. Und das ist gerade die Klasse von Leuten, die Störung verursachen.

Vergleichen sie einmal den moralischen, socialen und politischen Zustand dieses Landes mit dem, was er vor 30 Jahren war. Vor mehr als sechzig Jahren ging ich nach den Westen,

wo jener Theil davon, der gegenwärtig fünf Staaten nordwestlich von Flusse Ohio in sich faßt, damals blos 25,000 Einwohner zählte. Ich habe dieses mächtige Land aufwachsen sehen und wie sich seine pysische, moralische — ich will nicht sagen, seine politische — Lage verbessert hat; wie es das geworden ist, wofür es gegenwärtig gilt, nämlich für ein Land, das von keinem Theile der Union in irgend einer Beziehung übertroffen wird.

Darin liegt die eigentliche Quelle aller Uebelstände; das ist so klar, wie zweimal zwei vier ist. Zahlt die Leute im Verhältniß zu ihrer Dienstleistung und macht den Betrieb des Landbauers gerade so einträglich als das Thüraufund Zumachen in diesem Gebäude ist, und das Ringen nach Stellen wird sich vermindern. Zahlt den Congreßmitgliedern etwa die Hälfte von dem, was sie jetzt bekommen, und ihr werdet gerade so fähige Männer darin haben, die nicht so viel Verwirrung anstellen. In demselben Verhältniß, in dem man den Gehalt von Männern erhöht, steigert man ihre verschwenderische Lebensweise. Man jagt dann nach Aemtern und eben dieses Gereisse um Stellen ist es, das einen demoralisirenden Einfluß auf das Land äußert.

Wenn das amerikanische Volk hieher kommen und sehen könnte, was ich in diesem Saale gesehen habe, wie würde es über einen solchen Anblick erstaunt sein! Es würde sehen, wie ein Theil des Hauses dem anderen als Feind gegenüber steht. Und weßwegen ist es so? Blos wegen des Negers. Jedoch er ist blos der Sündenbock. Hat er auch viel damit zuthun, so sind doch noch andere Einflüsse dabei im Spiele. Ehe die letzteren nicht beseitigt sind, so kann man vergebens sich nach irgend einem Wechsel von Bedeutung umsehen. Es macht uns so viel Mühe gegenwärtig, um das richtig zu verstehen, was die Constitution meint. Wir können überhaupt die Sprache gar nicht mehr so verstehen, wie wir sie vor einigen Jahren verstanden.

Alle diese Dinge sind die Ursachen der gewaltigen Aufregung. Und breiten sich solche üble Einflüsse nicht über das ganze Land aus?

Ich frage, ob unsere Handlungen hier den Erwartungen unserer Wähler entsprechen können? Wir thun Vieles, was wir unseren Wählern nicht gerne wissen lassen möchten. Und bis die Herren in diesem Saale hier sich nicht so begegnen, wie Männer anderswo, und ihre Geschäfte ehrlich und treulich besorgen, so wird man immer solche Scenen vor sich haben. Das Volk wird betrogen, und die Parteien streiten sich um das Messer und theilen die Beute. Wenn man dem Manne, der die niedrigen Verrichtungen im Capitol und überhaupt in den verschiedenen Staaten besorgt, dieselbe Vergütung gibt, wie einem Arbeiter auf der Farm, so wird man damit eine bedeutende Verbesserung in unserem ganzen Staatswesen bezwecken. Die Ungleichheit der Vergütung dient dazu, eine Klasse über die andere zu erheben, und den Luxus der Klasse zu steigern, die besser vergütet wird.

Sklaverei ist entwürdigend gegenüber einem weißen Mann, der arbeitet, und deßhalb bin ich dagegen, daß man Sklaverei in ein freies Territorium hereinlasse. Sie setzt den weißen Arbeiter herab.

Wenn sie nun wirklich etwas für die großen landwirthschaftlichen Interessen des Landes thun wollen, so errichten sie ein eigenes Department dafür, mit einem Manne an der Spitze, der seinem Amte gewachsen ist. Wie es gegenwärtig steht, so hat der Sekretär des Innern, Hr. Thompson, keine Zeit, der Landwirthschaft seine Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist dasselbe mit Governör Thomas von der Patent-Office. Lassen Sie uns diesem Uebel abhelfen; denn Landwirthschaft ist die Grundlage des Fortschrittes aller unserer übrigen großen Interessen.

Hr. Vorsitzer! Ehe ich mich niedersetze, will ich noch einige Bemerkungen über die Frage machen, die einen Gegenstand beständiger Debatte in diesem Saale bildet. Es wäre möglich, daß meine Wähler meine Ansichten darüber wünschten. Ich denke, wenn man zur alten Auslegung der Constitution, wie sie bis vor 10 Jahren galt, zurückginge, so könnten sich keine weiteren Schwierigkeiten bezüglich der Sklavereifrage ergeben. In dem Anfange unserer Republik wurde Sklaverei als ein Uebel betrachtet. Bei der Organisation unserer Regierung verbarg man sich ihre unheilstiftenden Folgen nicht. Zur Zeit der Revolution war es eine von den Beschwerden gegen das Mutterland, daß dasselbe mit afrikanischen Sklaven unsere Küsten überschwemme und dadurch die weiße Arbeit herunterwürdige.

Hr. Smith von Virginien. Wenn Herrn solche Aeußerungen aussprechen, wie die eben gehörte, und wir bleiben ruhig, so möchte es scheinen, als ob wir unsere Einstimmung dazu gäben. Ich erkläre mich daher entschieden gegen dieselbe.

Hr. Carey. Ich berufe mich auf die Geschichte. Ich glaube, daß ich die Grundsätze dieser Regierung kenne, welche bis vor wenigen Jahren in Geltung waren. Ich kenne, denke

ich, die Lehren Jefferson's, Madison's, Adams und Monroe's. Sie wurden zu ihrer Zeit von allen Klassen des Volkes getheilt.

Ich habe bei zwei Gelegenheiten durch meine Abstimmung meine Ansicht über die Frage ausgesprochen, welche solche Verwirrung hervorruft. Durch meine Abstimmung habe ich meine Opposition gegen Ausdehnung der Sklaverei ausgedrückt. Ich glaube nicht, daß unsere Regierung die Macht hat, Sklaverei in der Union so wenig, als sonst wo, in der Welt auszubreiten. Wenn man sagt, daß die Staaten das Recht haben, Sklaverei in ihre Mitte einzulassen, so antworte ich, daß dies eine Frage ist, welche die einzelnen Staaten für sich selbst zu entscheiden haben, aber nicht die Bundesregierung. Wir wissen Alle, daß der Congreß die Verordnung von 1787 anerkannte, die damals Sklaverei von allen Territorien der Ver. Staaten ausschloß. Die sechste Abtheilung dieser Verordnung wurde in Folge der Aufnahme der Sklavenstaaten widerrufen.

Man sprach viel von dem Antrag meines Collegen, Hr. Blake, worüber im Hause abgestimmt wurde. Ich stimmte dafür; ich hoffte, der Gegenstand würde an das "Committee on the Judiciary" verwiesen werden. Der Gegenstand erregte Aufmerksamkeit, und ich hatte eine Idee, was für einen Bericht das Committee abgeben würde, und ich bedauere nur, daß das letztere ihn nicht abgeben durfte. Hätte man es sicher erlaubt, die Aufregung bezüglich der Sklavereifrage würde sich sicherlich gelegt haben. Nach meiner Meinung haben wir eben so wenig Recht Sklaverei anzutasten in den Staaten, wo sie gegenwärtig existirt, als das Privateigenthum unserer Nachbaren.

Diese Aufregung über Sklaverei nimmt alle 4 Jahre zu, wenn die Präsidentenwahl herankömmt. Wir hören Drohungen von einer Auflösung der Union, bloß wegen dieser Sklavereifrage. Die Idee ist unnatürlich. Es ist unmöglich, daß diese Union zerrissen werden kann.

Man hat mich von meinem Knabenalter an gelehrt, die Union als eine Sache von der größten Bedeutung zu betrachten und eine Trennung für ein Ereigniß der höchsten Trostlosigkeit zu halten. Und nun angenommen, daß der Süden wegen der Sklavereifrage sich lossagen würde, könnten dadurch die Schwierigkeiten sich mindern? Wir sind verpflichtet, dem Süden seine Sklaven auszuliefern, und der größte Theil der Bevölkerung ist Willens, daß es geschehen solle. Wir haben einzelne Leute, die sich in diese Angelegenheit mischen. Wir haben unverständige Männer im Norden so gut als im Süden. Aber wie ist's möglich, den Folgen dieser Schwierigkeiten durch Trennung sich zu entziehen? Ich weiß, daß man große leidenschaftliche Aufregung durch das beständige Schreien von Verletzung constitutioneller Rechte hervorrufen kann. Ich glaube aber, so wahr als ich lebe, daß ich ein constitutionelles Recht habe, zu verlangen, daß Sklaverei nicht ausgedehnt werden solle. Ich weiß, daß es die Absicht der Gründer unserer Regierung, sowie die aller Staaten war, der Sklaverei in kurzer Zeit los zu werden. Ich weiß, was alle unsere großen Männer über diesen Gegenstand gesagt haben; aber die großen Wahrheiten, die sie aussprachen, gelten jetzt als Ketzerei und Verrath.

Und nun ersuche ich meine Freunde vom Süden in aller Aufrichtigkeit — denn ich hege gegen keinen einzelnen Staat und gegen keinen einzelnen Mann irgend ein Gefühl der Bitterkeit— diese Dinge mit mehr Klugheit als bisher zu erwägen und ich fordere meine eigenen Freunde auf, wenn sie diese Frage besprechen, es auf eine wohlwollende Weise zu thun. Aber kürzlich ist uns der Gedanke beigekommen, wir müßten in jeder Rede eine gewisse Bravour zeigen, sonst scheine es, als ob wir zum Kreuze krögen. Ich denke nicht, daß es mir an rechter Schneide fehlt, weil ich meinen Nachbar nicht herunterschimpfe. Wenn ein Mitglied auf der einen oder anderen Seite des Hauses etwas Unüberlegtes sagt, so fängt man es auf, als ob es das Grundprinzip einer Partei wäre und das Volk wird durch den Glauben in Aufregung gesetzt, daß etwas von sehr ernstlicher Bedeutung nachfolgen würde.

Wenn wir wie vernünftige Männer verfahren und die Sache mit der Aufrichtigkeit und Sorgfalt behandeln würden, die ihre Wichtigkeit erheischt, so würden wir uns gegenseitig mit größerem Respekt entgegenkommen. Ich will ihnen sagen, meine Freunde — und ich besitze einige Erfahrung — den Augenblick, wo man den ersten Streich zur Trennung thut, wird der Glanz und die Größe, die man uns in so herrlichen Farben vorgemalt hat, für immer dahinschwinden und wir werden eine ruinirte und verkommene Nation werden.

Hr. Reagan. Der Herr von Ohio hat geäußert, es existire kein Zweifel darüber, daß die ursprüngliche Politik der Regierung dahin ging, die Sklaverei auf die Staaten zu beschränken, wo sie existirte. Jedoch wenn er auf die Zeit zurückgeht, wo Tennessee und Kentucky in die Union aufgenommen und Mississippi und Louisiana zu Territorien gemacht wurden, so könnte ihn dies eines Besseren belehren.

err

Hr. Carey. Das T itorium von Kentucky gehörte zum Staate Virginien und Sklaverei hatte sich daselbst schon ausgebreitet. Es gehörte nie als ein Territorium zu den Ver. Staaten.

Hr. Reagan. Das nordwestliche Territorium gehörte auch zu Virginien.

Hr. Carey. Sklaverei hatte darin noch gar keinen Fuß gefaßt; und Virginien trat das Territorium mit der Bedingung ab, daß die erstere nie darin Fuß fassen sollte.

Hr. Reagan. Es ist wahr, was der Herr von Ohio bemerkt hat. Jedoch der Punkt, der meine Aufmerksamkeit in seiner Rede besonders auf sich zog, war die Aeußerung, daß Sklaverei von unseren Vätern als ein Uebel angesehen wurde, das man auf die Staaten beschränken müsse, wo es existire. Wenn das ihre wirkliche Ueberzeugung war, wie kam es doch, daß, da sie die Macht hatten, sklavenhaltende Staaten von der Union auszuschließen, sie die Staaten Tennessee und Kentucky mit ihrer Sklaverei aufnahmen und daß sie in ihren gesetzlichen Verordnungen für die Territorialregierungen von Mississippi, Louisiana, Arkansas 2c. ausdrücklich Sklaverei in diesen Territorien anerkannten und keinen Versuch machten, sie in den Staaten zu beschränken, wo sie existirte?

Hr. Carey. Die Staaten, von denen diese Territorien herkamen, hatten bereits Sklaverei über die letzteren ausgedehnt und sie würden dieselben nicht abgegeben haben, hätte man nicht diesem Prinzip Rechnung getragen.

Ich denke, es ist für heute zu spät, damit anzufangen, daß man die Ansichten in Frage stellt, welche unsere Väter über diesen Gegenstand gehabt haben. Ich kenne die Ansichten aller hervorragenden Männer in den Ver. Staaten über Sklaverei. Ich las jüngst Alles, was Jefferson darüber sagte. Er verabscheute Sklaverei und glaubte, daß die Staaten selbst sie abschaffen würden. Ich spreche von der Zeit, wo unsere Regierung organisirt wurde; gebe aber zu, daß Jefferson seine Ansichten etwas änderte, nachdem die Missourifrage solche Aufregung im Lande erzeugt hatte. Nach den Ansichten der damaligen Zeit, wo unsere Regierung geschaffen wurde, war man darüber einig, daß Sklaverei ein Fluch ist und daß man sie deßhalb nicht ausdehnen sollte. Die Regierung verordnete daher, daß Sklaverei in keinem Theile seines Territoriums existiren sollte. Welchen deutlicheren Beweis von ihren Ansichten konnte sie geben als diesen? Meine Freunde vom Süden sind ein wenig zu voreilig in dieser Sache. Ich hoffe, sie werden sich mit den Rechten begnügen, die ihnen die Constitution gibt. Ich stehe dafür, daß man keines von diesen Rechten verletzen wird. Wenn sie aber mehr verlangen, dann glaube ich, daß sie etwas verlangen, was sie nicht bekommen werden. Ich weiß, wie leicht es ist, dies oder jenes Ding als von den Umständen geboten darzustellen. Ich weiß, man nennt gewöhnlich das bei diesem Namen, was man selbst wünscht. So ist es mit unserer Filibusterpolitik. Wir spornen Filibusterexpeditionen nicht deßhalb an, weil wir eine besondere Vorliebe für das Volk in den Ländern haben, wogegen diese Expeditionen gerichtet sind; sondern es ist Vergrößerungssucht, die uns dazu veranlaßt. Ist ein Mann mit seinen Glücksschätzen eher zufrieden, als bis er weiß, daß er zu denselben nichts mehr weiter hinzufügen kann? Läßt die Regierung in ihrem Streben nach, neues Territorium an sich zu bringen, wie es an Macht zunimmt? Nein; sowie es an Macht zunimmt, sucht es immer mehr Territorium an sich zu reißen. Das ist die Geschichte der Welt. Wir versuchen, unsere Regierung zu prunkhaft zu machen. Wir umgeben die Bundeshauptstadt mit zu viel Flitterstaat. Welche unmoralische Mittel werden nicht in Washington sowohl in diesem Saale hier als auch außerhalb desselben gebraucht, damit Männer in ihren fetten Stellen sich es so recht wohlsein lassen können? Ja, wir würden wohlthun, wenn wir unsere Arbeit wie ehrliche Männer verrichten und die Auswüchse beseitigen würden, die unseren Staatskörper anhaften. Entlassen wir diese Schaaren von Bediensteten, die Nichts zu thun haben. Wenn wir dieses thun, so thun wir etwas Verdienstliches damit. So wie man den Lohn hier erhöht, so wird man es auch überall im ganzen Lande für gleiche Dienstleistungen thun. Die Staaten ahmen getreu das Beispiel der Bundesregierung nach. Vier Dollars des Tages reichen nicht hin, um die Ausgaben eines Mannes zu bezahlen, wie man mir sagt, und $3,000 des Jahres decken gerade seine nothwendigen Ausgaben. Manche Congreßmitglieder verzehren von 6 bis 10,000 Dollars das Jahr. Sie können solches mit Recht thun, weil es aus ihrer Privatkasse geht. Ich will mich nicht in die Privatrechte der Einzelnen einmischen; aber wenn die Regierung besteuert wird zu dem Zwecke, um Einzelne über die Anderen zu erheben, dann denke ich, daß ich ein Recht habe, dagegen Einspruch zu thun. Es gibt keinen Mann, der sich mehr freut, als ich, über die gesetzliche Zunahme des Landes an Wohlstand und Glück; aber ich fürchte zugleich Luxus und Verweichlichung. Ich habe ein Land, das eine Art von Wildniß war und 25,000 Einwohner zählte, in große Staaten

mit einer Bevölkerung von 9,000,000 emporblühen sehen. Möchte ich es nicht erleben, daß sie in asiatische Entartung versinken! Unser Volk ist in Allem zu schnell voraus und wenn wir unseren Gang nicht ändern, so werden wir bald ausarten. Wir thun Vieles, wozu uns die Constitution keine Macht gibt. Und doch hört man beständig von Constitution reden. Wenn man diese Dinge nicht einstellt, dann werde ich mich an's Volk wenden, daß es die Mitglieder aus diesem Hause hinaustreibe und solche an ihre Stelle setze, die die besseren Tage der Republik wieder zurückbringen werden.

Man bezeichnet uns oft als die Diener des Volkes. Ist es aber nicht sonderbar, daß die Diener besser als ihre Herren leben? Ich muß gestehen, daß ich nicht gewöhnt bin, öffentlich zu sprechen. Ich habe versucht, die Wahrheit einfach darzustellen. Ich glaube nicht, daß unsere Regierung zerrissen werden wird. Aber was ich fürchte, ist dies; nämlich: daß unser Volk ausarten und verweichlichen wird, wie die Völker Asiens, wegen ihrer luxuriösen Lebensweise. Ich glaube, daß wir dem Rande des Abgrundes zutreiben. Wir haben keine andere Hoffnung unseren Untergang vorzubeugen, als dadurch, daß wir die Politik unserer Väter wieder annehmen. Und nun will ich noch einige Worte an meine speziellen Freunde richten. Ich schäme mich nicht, ein Farmer, ein Arbeitsmann zu sein. Ich verachte den Mann, der die Arbeit für entwürdigend erklärt. Es ist Gotteslästerung; denn Gott sagte, im Schweiße seines Angesichtes soll der Mensch sein Brod essen. Wenn ich jemals etwas Verdienstliches gethan, so ist es die Handarbeit, welche ich verrichtet habe, um die Schätze eines neuen Landes zu Tage fördern zu helfen. Ich bin stolz darauf es auszusprechen. Und nun frage ich, ob wir hier nicht zu viele Redesüchtige haben? Sie sind weder Arbeiter noch Farmer. Sie sind Männer, die alles Reden für sich beanspruchen oder wenigstens überall den Ton dabei angeben wollen. Wer kann das leugnen? Das Uebel hat sich sogar auf unsere Boardinghäuser ausgedehnt.

Es ist unmöglich für einen Mann, irgendwo hier in Washington, selbst unter den Damen, einen Satz halb auszusprechen, ohne unterbrochen zu werden. Ich ersuche diese Herren, die so zungengeläufig sind, zu bedenken, daß jeder hier in Folge der Constitution, die wir Alle ehren, gerade soviele Rechte hat, als sie selbst. Man mag es für lächerlich ansehen, auf diese Weise zu sprechen; aber was ich sage, ist wahr. Ja, ich habe Damen sagen hören: „Ist es möglich, daß ihr Herren Repräsentanten euch nicht besser benehmen könnt?"

Wir nehmen in diesem Hause eine erhöhte Stellung ein und je höher dieselbe ist, um so mehr erniedrigen wir uns, wenn wir den Forderungen nicht nachkommen, die sie an uns stellt. Dieses politische Schaltjahr ist ein sehr gefährliches für diese Regierung. Ich werde niemals mehr meine Einwilligung dazu geben, Congreßmitglied zu werden. So weit ich einen Einfluß unter meinen Wählern besitze, so will ich zu ihnen gerade so sprechen, als ich hier thue; und wenn sie mir nicht glauben, so ist es ihre Schuld, nicht die meinige; denn ich weiß und sie Alle, daß ich die Wahrheit rede. Ich will nun den Rest meiner Zeit meinem Freunde von Texas überlassen. Ich nenne ihn meinen Freund, weil ich einen jeden Herrn in diesem Hause so nenne, so lange als er sich anständig benimmt.

Republikanische Platform.

Beschlossen, daß wir, die Repräsentanten der republikanischen Wähler der Ver. Staaten, welche uns hier versammelt haben, um die Pflichten zu erfüllen, welche wir unseren Constituenten und unserem Lande schulden, uns zu der folgenden Erklärung vereinigen:

1) Daß die Geschichte der Nation während der letzten vier Jahre die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Organisation und Fortdauer der republikanischen Partei vollständig bewiesen hat, und daß die Ursachen, welche sie in's Leben gerufen haben, ihrer Natur nach permanent sind, und jetzt mehr als je ihren friedlichen und constitutionellen Triumph erfordern.

2) Daß die Aufrechterhaltung der in der Unabhängigkeits = Erklärung ausgesprochenen und in der Bundes=Constitution anerkannten Grundsätze unumgänglich nothwendig ist zur Erhaltung unserer republikanischen Institutionen, und daß die Bundes=Constitution, die Rechte der Staaten und die Union der Staaten erhalten werden sollen und müssen. Daß wir die selbstverständliche Wahrheit feierlich bekräftigen, daß wir Alle vom Schöpfer mit gewissen unschätzbaren Rechten ausgestattet sind, worunter das auf Leben, Freiheit und Erlangung von Glückseligkeit, und daß die Regierungen dazu da sind, den Menschen den Genuß dieser Rechte zu sichern.

3) Daß diese Nation der Union der Staaten ihre Bevölkerungszunahme, welche ihres Gleichen nicht hat, verdankt; sowie die überraschende Entwickelung ihrer materiellen Hülfs=

quellen; die rasche Zunahme ihres Reichthums; ihr Wohlbefinden im Vaterlande und die Achtung, welche sie im Auslande genießt; — und daß wir alle auf Auflösung dieser Union abzielenden Pläne verabscheuen, woher sie immer kommen mögen; und daß wir dem Lande Glück wünschen, daß kein republikanisches Mitglied des Congresses je solche Drohungen ausgestoßen oder unterstützt hat, welche so oft von demokratischen Mitgliedern des Congresses erhoben wurden, wobei sie nicht nur kein Tadel von Seite ihrer politischen Glaubensgenossen traf, sondern sie sich noch des Beifalls derselben erfreuten; und daß wir diese Drohungen, als gegen die Lebensprinzipien einer freien Regierung gerichtet und als beabsichtigten Hochverrath verdammen.

4) Daß die unverkümmerte Aufrechthaltung der Rechte der Staaten und namentlich des Rechtes eines jeden Staates, seine eigenen heimischen Institutionen zu ordnen und zu controliren, ausschließlich nach seinem eigenen Dafürhalten, unumgänglich nothwendig ist zur Aufrechterhaltung des Macht-Gleichgewichtes, wovon die Vervollkommnung und die Dauer unserer politischen Prinzipien abhängt, und daß wir die ungesetzliche Invasion mit bewaffneter Macht in irgend einen Staat oder Territorium, einerlei unter welchem Vorwand dies geschehen mag, als eines der schwersten Verbrechen verdammen.

5) Daß die gegenwärtige demokratische Administration unsere schlimmsten Befürchtungen in Betreff ihrer maßlosen Unterwürfigkeit unter die Diktate einer sektionellen Partei übertroffen hat, wie dies namentlich aus ihren verzweifelten Anstrengungen hervorgeht, die infame Lecompton-Constitution dem Volke von Kansas trotz seines Protestes aufzuzwingen, — aus ihrer Erklärung des persönlichen Verhältnisses zwischen Herren und Sklaven, um ein unbedingtes Eigenthumsrecht auf Personen herzustellen, — aus ihrem Versuch, überall, zu Land und zur See, durch die Intervention des Congresses und der Bundesgerichte, die extremen Forderungen eines rein lokalen Interesses zu befriedigen, — und aus ihrem allgemeinen und beständigen Mißbrauch der Macht, welche ihr durch ein vertrauensvolles Volk übertragen wurde.

6) Daß das Volk mit Unruhe sehen muß, welche rücksichtslose Verschwendung in jedem Departement der Bundesregierung herrscht; und daß die Rückkehr zu strenger Sparsamkeit und einer genauen Controle unerläßlich ist, um dem Systeme der Plünderung des öffentlichen Schatzes durch begünstigte Parteianhänger Einhalt zu thun, während die neulichen abschreckenden Enthüllungen über die Betrügereien und Corruption in der Bundes-Metropole beweisen, daß ein gänzlicher Wechsel der Administration eine gebieterische Nothwendigkeit ist.

7) Daß das neue Dogma, daß die Constitution eo ipso die Sklaverei in jedem Territorium der Ver. Staaten einführt, eine gefährliche politische Ketzerei ist und im Widerspruche mit den ausdrücklichen Bestimmungen gerade jenes Instrumentes steht, revolutionär in seinen Tendenzen ist und dem Lande seinen Frieden und seine Harmonie rauben muß.

8) Daß der normale Zustand aller Territorien der Ver. Staaten der der Freiheit ist; daß es — da unsere republikanischen Väter, als sie die Sklaverei in dem Territorium der Nation abschafften, verfügten, daß keine Person ohne ordentlichen Prozeß ihres Lebens, Freiheit oder Eigenthums beraubt werden solle — unsere Pflicht ist, durch Gesetze, wenn immer solche nöthig sein dürften, diese Bestimmung der Constitution, gegen alle Versuche, sie zu verletzen, aufrecht zu erhalten; und daß wir die Macht des Congresses oder einer Territorial-Legislatur oder irgend eines Individuums bestreiten, der Sklaverei in irgend einem Territorium der Ver. Staaten gesetzliche Existenz zu verleihen.

9) Daß wir die jüngste Wiedereröffnung des afrikanischen Sklavenhandels, unter dem Deckmantel der Flagge dieser Nation, unterstützt durch meineidige Richter, als ein Verbrechen gegen die Humanität, als einen unauslöschlichen Schandfleck für unser Land und Jahrhundert brandmarken und den Congreß auffordern, sofortige und wirksame Maßregeln für die gänzliche und ewige Unterdrückung dieses abscheulichen Handels zu ergreifen.

10) Daß wir in den neulichen Veto's der Bundes-Statthalter von Kansas und Nebraska gegen die von den Legislaturen dieser Staaten erlassenen Verbots-Gesetze gegen die Sklaverei einen praktischen Beleg zu dem gerühmten demokratischen Grundsatz der Nicht-Intervention und Volkssouveränetät, welcher in der Kansas-Nebraska-Bill seinen Ausdruck fand, und ein Zeugniß für die Lügenhaftigkeit und die betrügerische Absicht, welche dieser Bill unterlag, erkennen.

11) Daß Kansas von Rechtswegen sogleich mit der neulich abgefaßten und vom Volke angenommenen und vom Repräsentantenhause adoptirten Constitution als Staat aufgenommen werden sollte.

12) Daß eine gesunde Politik — bei der Auferlegung von Zöllen, um die Mittel zur Deckung

der Kosten der Regierung zu beschaffen — erfordert, daß diese Auflagen so festgestellt werden, daß dadurch die industriellen Interessen des ganzen Landes gefördert werden, und daß wir die Politik des nationalen Austausches der Erzeugnisse empfehlen, welche den Arbeitern guten Lohn, dem Ackerbau lohnende Preise, den Handwerkern und Fabrikanten eine entsprechende Belohnung ihres Talentes, ihrer Arbeit und ihres Unternehmungsgeistes, und der Nation commerzielle Prosperität und Unabhängigkeit sichert.

13) Daß wir gegen den Verkauf oder die Veräußerung der öffentlichen Ländereien, welche von wirklichen Ansiedlern besetzt sind, an Andere, und gegen irgend eine Verdrehung der freien Heimstättebill protestiren, wonach die Ansiedler als „Paupers" oder Supplikanten um öffentliche Almosen angesehen werden sollen; und daß wir die Annahme des vollständigen und genügenden Heimstättegesetzes, welches bereits das Haus passirt hat, durch den Congreß verlangen.

14) **Daß die republikanische Partei jeder Abänderung unserer Naturalisations-Gesetze und jeder Erlassung von Staats-Gesetzen, wodurch die, bis dahin Einwanderern aus fremden Ländern bewilligten Bürger-Rechte aufgehoben oder beeinträchtigt würden, opponirt und verlangt, daß alle Bürger, eingeborene wie eingewanderte, im Inlande und Auslande vollständigen und kräftigen Schutz genießen.**

15) Daß der Congreß Bewilligungen für Fluß- und Hafen-Verbesserungen machen muß, welche für die ganze Nation Werth haben und für den Handel nöthig oder zweckmäßig sind, und daß solche durch die Constitution gestattet und gerechtfertigt sind, indem diese der Regierung die Pflicht auferlegt, Leben und Eigenthum der Bürger zu schützen.

16) Daß eine Eisenbahn nach dem Stillen Meere im Interesse des ganzen Landes als eine gebieterische Nothwendigkeit erscheint; daß die Bundesregierung sofortige und kräftige Hülfe zu deren Bau gewähren soll, und daß als vorläufige Maßregel zu diesem Ende eine tägliche Ueberlandpost sogleich etablirt werden sollte.

17) Nachdem wir in dieser Weise unsere Grundsätze und Ansichten deutlich auseinandergesetzt haben, laden wir alle Bürger, so sehr sie auch in anderen Fragen von uns abweichen mögen, wenn sie im Wesentlichen mit uns übereinstimmen, zum Beitritt und zur Unterstützung ein.

Brief des Herrn Lincoln,

an Dr. Canisius datirt.

Springfield, den 17. März 1859.

Werther Herr!

Sie fragen mich in ihrem Briefe in ihrem Namen und dem gewisser anderer deutschen Mitbürger, ob ich die constitutionelle Verordnung bezüglich der naturalisirten Bürger billige, die man kürzlich in Massachusetts erlassen hat, so wie ferner ob ich mich für eine Vereinigung der Republikaner mit den übrigen Oppositionselementen erkläre.

Massachusetts ist ein souveräner und unabhängiger Staat und ich habe kein Recht, ihm in seiner Politik mit meinem Rathe an die Hand zu gehen. Sollte man jedoch von dem, was Massachusetts gethan, einen Schluß auf das ziehen wollen, was ich thun würde, so ist es wohl am Platze für mich zu bemerken, daß soweit ich diese Verordnung kenne, ich gegen ihre Annahme bin und zwar nicht allein in Illinois, sondern an jedem anderen Orte, wo mir das Recht zusteht, gegen sie zu opponiren. Wie ich den Geist unserer Institutionen verstehe, so hat er die Erhebung des Menschen zu seiner Absicht. Ich bin deßhalb ein Feind von Allem dem, was auf die Erniedrigung des Menschen hinzielt. Man weiß von mir gut genug, daß ich mit Bedauern die unterdrückte Lage der Schwarzen ansehe und es würde deßhalb von mir inconsequent sein, Maßregeln zu billigen, welche die unveräußerlichen Rechte des Weißen verletzen, mag derselbe auch in einem anderen Lande als dem unsrigen geboren sein und eine andere Sprache als wir sprechen.

Was eine Vereinigung anbetrifft, so bin ich blos in dem Falle dafür, wenn sie auf republikanische Grundsätze, aber auf keine andere Bedingung hin vollzogen werden kann. Eine Vereinigung auf den Grund irgend einer anderen Platform würde Unverstand und Prinzipiosigkeit zeigen. Man würde dadurch den ganzen Norden verlieren, während der Gegner den ganzen Süden auf seiner Seite behalten würde. Was die Männer anbelangt, so gibt es fähige und patriotische Staatsmänner im Süden, die ich gerne unterstützen würde, wenn sie sich auf republikanischen Boden stellten; aber von den republikanischen Grundsätzen auch nur ein Haarbreit nachzulassen, damit werde ich nie einverstanden sein.

Ich habe in Eile geschrieben, aber ich glaube, daß ich ihre Fragen der Hauptsache nach beantwortet habe.

Respektvoll Ihr

Abraham Lincoln.

BUELL & BLANCHARD, Printers, Washington, D. C. *Price 50 cents per hundred.*



